

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN

HENRI BOHNET
JASMINA EFTOSKA

16. April 2008

www.kas.de/mazedonien
www.kas.de

Vorgezogene Parlamentswahlen in Mazedonien

Am 1. Juni wird es vorgezogene Parlamentswahlen in Mazedonien geben. Nach einer Regierungskrise im März, dem Scheitern der Verhandlungen mit Griechenland über eine Lösung des Namensstreits und der aufgrund dessen verpasserten NATO-Einladung auf dem Bukarest-Gipfel will die konservative VMRO-DPMNE um Premier Gruevski ein frisches Mandat zur Fortführung seiner Politik.

Ende eines Traums

Als am 4. April klar war, dass Mazedonien durch das Veto Griechenlands keine Einladung zur NATO bekommen würde, zerplatze der Traum einer ganzen Nation. Noch wenige Tage vor dem Gipfel war der Optimismus in Skopje spürbar und die getätigten Reformen der Regierung auf dem Weg in die NATO überall nachlesbar, als die Regierung in den größten Tageszeitungen der Welt noch einmal doppelseitig für den Beitritt warb: „Balkan in die NATO anstatt NATO auf dem Balkan“, so der Slogan von Außenminister Milososki kurz vor dem Gipfel in Bukarest.¹

Doch Griechenland machte mit seiner Drohung ernst, den Beitritt des Landes zu verhindern, sollte es zu keiner Einigung kommen: Mazedonien habe die „guten nachbarschaftlichen Beziehungen untergraben und das Verhältnis zu einem alten Verbündeten, der seit mehr als einem halben Jahrhundert Mitglied der Nato ist, negativ beeinflusst“, so die griechische Außenministerin Bakoyannis in einem Interview mit der FAZ.² Dabei unterstützten laut der renommierten Tageszeitung Kathimerini über 95% der

griechischen Bevölkerung das Veto Athens.³ Der innenpolitisch unter Druck stehende Premierminister Karamanlis erhielt durch den drastischen Schritt in Bukarest einen kurzzeitigen Popularitätsschub. Doch 77% der Befragten sprachen sich auch für eine baldige Verbesserung der bilateralen Beziehungen aus.

Diplomatisches Versagen, innenpolitischer Erfolg

In der mazedonischen Öffentlichkeit herrschte Enttäuschung nach dem Scheitern des Gipfels, doch auch Lob gegenüber Gruevski, der die „mazedonische Identität“ geschützt habe und mit seiner kompromisslosen Haltung - ähnlich wie Amtskollege Karamanlis in Athen - seine Popularität steigern konnte. Immerhin, nach Aussagen beider Seiten sollen die Verhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen werden; dazu reist UN-Sonderversmittler Nimetz in den nächsten Tagen in die beiden Hauptstädte, um die Lage und beidseitige Gesprächsbereitschaft neu zu sondieren.

Indessen stimmte das mazedonische Parlament in der Nacht vom vergangenen Freitag auf Samstag für die Auflösung des Parlaments. Für die Auflösung stimmten die Koalitionsparteien der VMRO-DPMNE und der albanischen DPA, sowie die albanische Oppositionspartei DUI, insgesamt 70 von 120 Abgeordneten. Die sozialdemokratische Opposition nahm aus Protest an der Abstimmung nicht teil. Der Präsident der „Sobranie“, Ljubischa Georgievski, setzte den

¹ Siehe FAZ vom 27.3.08.

² FAZ, 28.3.08.

³ Ekathimerini.com vom 7.4.08.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

JASMINA EFTOSKA

16. April 2008

www.kas.de/mazedonien

www.kas.de

Wahltermin auf den 1. Juni fest, Wahlkampfbeginn wird der 11. Mai sein.

Ein neues Mandat – eine neue Politik?

In einer Fernsehansprache begründete Premier Gruevski die Notwendigkeit neuer Wahlen: "Wir brauchen ein neues Mandat, um die Ratifizierung von Gesetzen zu beschleunigen, um Reformen umzusetzen, die den Bürgern ein besseres Leben bringen werden. Wir brauchen ein Parlament, das ein echter Pfeiler des bürgerlichen Willens und der Demokratie ist." Vorgezogene Wahlen seien nicht der Weg, um Verantwortung zu vermeiden, sondern "genau das Gegenteil: Verantwortung zu übernehmen."⁴

Insbesondere westliche Politiker und Diplomaten hatten in den Tagen seit Bukarest die mazedonische Regierung davor gewarnt, ihre Arbeit jetzt abubrechen und wichtige Reformen aufs Eis zu legen. Vielmehr solle die jetzige Situation genutzt werden, den Namensstreit schnellstmöglich beizulegen, so die US-Botschafterin bei der NATO und zukünftige Botschafterin in Mazedonien, Victoria Nuland.⁵ Die NATO-Mitglieder hatten sich in Bukarest darauf geeinigt, dass Mazedonien bei erfolgreicher Lösung des Namensdisputs noch dieses Jahr dem Bündnis beitreten könnte.

Daneben besteht die Gefahr, dass der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU, der auf Grundlage des jährlichen, im Herbst erscheinenden Fortschrittsberichts der EU beschlossen wird, auch dieses Jahr nicht realisiert werden kann: Mazedonien ist bereits seit Dezember 2005 Beitrittskandidat. Durch die Parlamentswahlen im Sommer 2006, das mühsame Zustandekommen der Regierungskoalition zwischen VMRO-DPMNE und DPA und das anschließende halbjährige Parlamentsboykott des DPA-Rivalen DUI fielen die Fortschrittsberichte bisher im Kontext der Verhandlungsaufnahme negativ aus. Jetzt riskiert Gruevski mit den Neuwahlen erneut, das Zeitfenster für entscheiden-

de Reformen bis zum nächsten Bericht zuzustoßen.

Dabei ist unklar, ob sich nach den Wahlen die neue Regierung stark von der bisherigen unterscheiden wird: aufgrund ihrer schwachen Oppositionsarbeit stehen die Chancen für die Sozialdemokraten nicht gut, verlorene Popularität zurückzugewinnen und die bisherige mazedonische Tradition, dass sozialdemokratische Regierungen nach der Wahl von konservativen abgelöst werden und umgekehrt, fortsetzen kann. Die derzeitige Schwäche seiner Partei erklärt auch den Widerstand des (sozialdemokratischen) Präsidenten Crvenkovski gegen Neuwahlen.

Doch Premier Gruevski hofft, dass seine Partei aus den Wahlen – trotz des Misserfolgs in Bukarest, trotz explodierender Lebenshaltungskosten und hoher Inflation und trotz ausbleibenden Großinvestitionen bei steigender Arbeitslosigkeit – gestärkt hervorgeht und nicht mehr auf die Unterstützung der albanischen DPA angewiesen sein wird: eine paradoxe Hoffnung, die wohl dennoch aufgehen kann, berücksichtigt man die Emotionalität des Wählers bei der Namensfrage und der Suche nach der mazedonischen Mentalität, die der Premier äußerst geschickt in politischen Gewinn umgemünzt hat.

Der albanische Regierungspartner DPA hatte die Regierungskrise vor einem Monat verursacht, als dessen Chef Thaci dem mazedonischen Partner Untätigkeit bei der Lösung albanischer Problempunkte (u.a. schnelle Anerkennung des Kosovo) vorwarf.

Dass es im Falle eines erneuten Sieges der Partei Gruevskis zu einer Koalition mit einer albanischen Partei kommt, daran zweifelt keiner. Nicht zuletzt ist die Einhaltung des Ohrid-Abkommens über die politische Einbeziehung der albanischen Minderheit in die Entscheidungsfindung des Landes ein gewichtiges Argument hierfür. Das Abkommen konnte eine Gewalteskalation zwischen Mazedoniern und Albanern während der Unruhen 2001 im Lande gerade noch verhindern.

⁴ Zitiert nach *Macedonian Information Agency*, 12.4.08.

⁵ Siehe *MIC-news* vom 10.4.08.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN In Fachkreisen wird gemutmaßt, dass allerdings die DUI unter dem Marxisten Ahmeti dieses Mal der bevorzugte Regierungspartner der konservativen VMRO-DPMNE sein könnte. Die Popularität der Partei, deren Wurzeln in der UCK liegen, ist durch geschicktes Taktieren und zeitweiliges Paktieren mit Gruevskis Partei bei Fragen, die den Status der albanischen Minderheit anging, in der Zeit ihrer Opposition gewachsen – im Gegensatz zum Imageverlust der an der Regierung beteiligten DPA, ausgewiesener „Feind“ der DUI.

16. April 2008

www.kas.de/mazedonien

www.kas.de

Vorerst bleibt allerdings zu befürchten, dass der bevorstehende Wahlkampf zur weiteren Polarisierung der mazedonischen Gesellschaft beiträgt. Die fortschreitende Entfremdung zwischen ethnischen Mazedoniern und Albanern, die bereits im Kindesalter durch getrennte Schulen beginnt (in denen mazedonische Kinder von mazedonischen Lehrern auf Mazedonisch und albanische Kinder von albanischen Lehrern auf Albanisch unterrichtet werden), scheint zumindest mittelfristig keiner – in den Augen der mazedonischen Entscheidungsträger – machbaren Alternative angehalten zu werden. Ob dieses derzeitige politische und gesellschaftliche System auf Dauer die Sicherheit und demokratische Transformation des Landes nicht zusehends gefährdet, sollte eigentlich in Regierungskreisen intensiver diskutiert werden als die Frage nach „Neu-“, „Ober-“, „Demokratisches Mazedonien“ oder all den anderen Alternativen, die fast täglich die Schlagzeilen der Tageszeitungen im Lande beherrschen.